

Ingrid Pahlmann, MdB

---

### Engagementpolitische Bilanz der Legislaturperiode

Während der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist das Bürgerschaftliche Engagement wohl in einem außergewöhnlichen Maße in den Fokus der breiten Öffentlichkeit gerückt. Dies lag, das gehört zur Wahrheit und Demut, weniger an den direkten Entscheidungen der Engagementpolitik, sondern vor allem an dem beeindruckenden Engagement Tausender, die sich spontan in einer besonderen Situation eingebracht und eindrucksvoll untermauert haben, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement für den Erfolg unserer Gesellschaft ist.

Es ist kein Geheimnis: Ohne die unzähligen Helferinnen und Helfer hätte der starke Zuzug von Schutzsuchenden im Jahr 2015 für die staatlichen Stellen zunächst zu einer kaum zu bewältigenden Situation werden können. Für mich war dieses tausendfache Engagement aber nicht vor allem Ausdruck von Versagen, sondern vor allem Ausdruck und Beleg einer funktionierenden Gemeinschaft und vor allem der beeindruckenden Stärken, die im Bürgerschaftlichen Engagement stecken. Diese werden auch in Zukunft für das Wohlergehen unserer Gesellschaft benötigt. Bevor ich einen Ausblick wage, möchte ich einen kurzen Rückblick auf die Legislaturperiode des Deutschen Bundestages geben.

Zunächst aber – auch wenn es immer etwas obligatorisch wirkt, ist es mir sehr wichtig – möchte ich all den Menschen danken, die sich für unsere Gesellschaft bürgerschaftlich einsetzen. Ob es bei der Unterstützung von Geflüchteten ist, im örtlichen Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder im Weltladen: Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft und der Einsatz einer oder eines jeden Einzelnen, ist er auch noch so klein, ist ein tragendes Element. Daher gilt mein Dank all diesen Menschen gleichermaßen und von Herzen!

Ich durfte in den vergangenen Jahren als Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages mitarbeiten und gestalten. Nicht nur in den 34. Sitzungen des Unterausschusses, die es bis zum Ende der Legislaturperiode sein werden, sondern auch in den unzähligen Gesprächen und bei den vielen Veranstaltungen, habe ich eine unglaubliche Breite des Engagements in Deutschland kennenlernen dürfen. Es war uns als Engagementpolitiker aller Fraktionen sehr wichtig, dieses Engagement sichtbar zu machen und bei Herausforderungen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

Wir haben uns dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement zu verbessern. So haben wir beispielsweise dazu beigetragen, die Mehrgenerationen-

häuser zu sichern und das erfolgreiche Programm sogar noch auszubauen. Wir haben freiwilliges Engagement, etwa in der Pflege, aber vor allem in der Hospiz- und Palliativbewegung gestärkt. Mit dem Sonderprogramm des Bundesfreiwilligendienstes haben wir mit 10.000 zusätzlichen Plätzen einen Beitrag zur Abmilderung der „akuten“ Herausforderungen der Flüchtlingssituation im Jahr 2015 initiiert und erste Schritte zur Integration ermöglicht. Uns ist es gelungen, in einigen Bereichen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und andere zu sichern. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Bürgerschaftliche Engagement seinen Anteil an der (politischen) Debatte erhält und sind auch mal als Mahner aufgetreten, wenn es uns notwendig erschien. Bürgerschaftliches Engagement, die vielen Millionen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, dürfen nicht als Lückenbüßer und dauerhafte Lösungen für jedes aufkommende Problem missbraucht werden. Es ist wichtig, die Diskussion, etwa um Arbeitsmarktnutralität, Monetarisierung und staatliche Daseinsvorsorge nicht aus den Augen zu verlieren und konsequent fortzuführen.

Diese Diskussionen werden uns auch in der Zukunft begleiten. Derzeit befinden wir als CDU uns noch mitten in der Erarbeitung unseres Wahlprogrammes für die kommende Legislaturperiode. Wir binden in diesem Jahr sowohl unsere Mitglieder als auch die breite Bevölkerung ausführlich in den Programm-Prozess ein. So bestand in einem ersten Beteiligungsschritt die Möglichkeit, unter dem Motto „Ich schreibe Zukunft“ die eigene Idee für Deutschland einzureichen und so am Regierungsprogramm von CDU und CSU mitzuwirken. Rund 10.000 Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern haben uns auf diesem Weg erreicht. Diese werden in unseren Programmentwurf, der derzeit erarbeitet wird, mit einfließen. Ich finde, das ist ein gutes Mittel, um breite Teile der Bevölkerung partizipieren zu lassen und die Bürgerinnen und Bürgern zu animieren, sich zu engagieren.

Ich greife den Programmberatungen nicht zu sehr zuvor, wenn ich verrate, dass das Bürgerschaftliche Engagement auch in der kommenden Legislaturperiode eine klare Rolle spielen wird. Es bleibt als Bund weiterhin unsere Aufgabe, gute Rahmenbedingungen für Engagement zu schaffen. Das Bürgerschaftliche Engagement ist ein immens wichtiger Baustein unserer Gesellschaft. Auch hier werden wir vom demografischen Wandel nicht verschont bleiben. Wir wollen unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen den Zugang zum Engagement erleichtern. Dazu gehören auch Möglichkeiten, Engagement stärker sichtbar zu machen. Vorstellbar ist zum Beispiel eine bessere Anerkennung vom außerschulischen Engagement innerhalb der Schule oder später in Studium und Ausbildung.

Es ist völlig klar, dass die zu beobachtenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht vor dem Bürgerschaftlichen Engagement haltmachen werden. Auch das Engagement steht vor der Aufgabe, sich beispielsweise an flexiblere Lebensweisen anzupassen. Diese Veränderungen müssen und wollen wir als Politik konstruktiv begleiten und mögliche Hürden, die das Engagement behindern, identifizieren und abbauen. Wir wollen einen ermöglichenden Staat, der das Engagement nicht durch unnötige Bürokratie belastet. Weiterhin werden auch Fragen zu

steuerlichen Rahmenbedingungen und dem Versicherungsschutz von Engagierten weiter auf dem Programm stehen.

Der Union war es bereits in dieser Legislaturperiode ein großes Anliegen, das Erweiterte Führungszeugnis für Ehrenamtliche durch eine bereichsspezifische Auskunft („Ja/Nein-Auskunft“) zu ersetzen. Leider sind wir bei der Umsetzung an verschiedenen Stellen gescheitert. Das wird uns nicht davon abhalten, auch in der nächsten Legislaturperiode an diesem Ziel festzuhalten. Ich halte dies persönlich für sehr wichtig, um auf der einen Seite die Vereine und ihre Vorstände zu entlasten und auf der anderen Seite – das sollte uns allen besonders am Herzen liegen – Kinder und Jugendliche bestmöglich zu schützen.

Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag bei der Bewältigung des gesellschaftlichen Wandels. Dies wollen wir erleichtern und beispielsweise das Erfolgsmodell Bundesfreiwilligendienst hierfür flexibler einsetzen. Wir können uns vorstellen, dass dieser besser zur Unterstützung von Seniorinnen und Senioren, aber auch von Familien mit Kindern eingesetzt werden könnte. Selbstverständlich auch hier immer unter der Berücksichtigung der Schlagworte Arbeitsmarktneutralität und Daseinsvorsorge.

Auch in der Zukunft werden die Kommunen eine wichtige Rolle innerhalb einer guten Engagement-Infrastruktur spielen. Ich bin überzeugt davon, dass regionale Besonderheiten immer ihre Berücksichtigung finden müssen. Nur so können wir beim Aufbau einer Engagement-Infrastruktur erfolgreich sein. Der Erfolg der Mehrgenerationenhäuser und ihre Möglichkeit sich an die lokalen Begebenheiten anzupassen sind hierfür ein gutes Beispiel. Dafür werden wir uns als Union im Deutschen Bundestag auch in Zukunft einsetzen.

Bei allem Wandel und „neuen“ Formen von Bürgerschaftlichen Engagement dürfen wir aber auch die „traditionellen“ Formen nicht aus den Augen verlieren. Hier denke ich vor allem auch an die vielen ehrenamtlichen Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren, in den Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk oder anderen Hilfsorganisationen. Wir müssen sie auch weiterhin durch eine angemessene Ausstattung und gute Rahmenbedingungen unterstützen. Sie leisten einen immens wichtigen Beitrag für unsere Gemeinschaft. Wir müssen besonders in diesem Bereich rechtzeitig etwas gegen den Nachwuchsmangel unternehmen. Nicht nur hier können junge Menschen im besonderen Maße lernen, Verantwortung für andere zu übernehmen.

In letzter Zeit mussten wir immer wieder erleben, dass Unternehmen den bürgerschaftlichen Einsatz ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht immer nur positiv gesehen haben. Es wird unsere Aufgabe sein, die guten Beispiele in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken. Vor allem aber wollen wir praxistaugliche, rechtlich eindeutige und gut handhabbare Regelungen für die Freistellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einführen. Dies gilt auch für Qualifikationsangebote, die wir für alle Engagierten ausbauen wollen.

Wie bereits erwähnt, befinden wir als CDU uns noch mitten im Programmprozess. Ich persönlich halte es für sehr wichtig, dass wir Engagementpolitik zukünftig stärker als gesell-

schaftliche Querschnittsaufgabe wahrnehmen. Sollte dabei deutlich werden, dass ein ordentlicher Ausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag dafür hilfreich ist, würde ich mich für dessen Gründung stark machen. In meinen Augen wäre ein ordentlicher Ausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ ein wichtiges Zeichen für die vielen Millionen von Engagierten in unserem Land – Symbolpolitik sollte aber auf keinen Fall das Hauptanliegen unseres Handelns sein.

Wir brauchen auch zukünftig eine Struktur und einen Rahmen, der Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und dessen Innovationskraft (be)fördert. So kann und wird das Engagement eine wichtige Rolle bei der Lösung von zukünftigen Herausforderungen spielen.

**Autorin**

**Ingrid Pahlmann**, MdB, CDU, Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

**Kontakt:** [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

**Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)